

Krankenhäuser sind gut vorbereitet

Mangelhafter „Schutzschirm“

Wie überall in Deutschland bereiten sich auch unsere Krankenhäuser in Köln und Wuppertal mit Hochdruck auf die Versorgung von COVID-19-Patienten vor. Die Kliniken wurden für Besucher geschlossen, die Zahl elektiver Patienten – also mit verschiebbaren Operationen – drastisch reduziert. Die ersten Corona-Patienten wurden vergangene Woche aufgenommen.

Die Kapazitäten von Intensivbetten und Beatmungsplätzen werden in allen Kliniken ausgebaut und für Corona-Patienten freigehalten. So sind die Krankenhäuser vorbereitet auf die größte Krise der Nachkriegszeit. Doch es hapert an vielen Ecken und Enden, weil es an Materialien fehlt, wie beispielsweise die Beschaffungsgengpässe von Atemmasken zeigen. Außerdem fehlt es an dringend benötigten Desinfektionsmitteln.

Die Krankenhäuser bilden das Rückgrat der medizinischen Versorgung. Ärzte und Pfleger gehen ein hohes eigenes Infektionsrisiko ein um kranken Menschen zu helfen. In dieser Situation erwarten die Krankenhäuser zu Recht eine ausreichende finanzielle Unterstützung, die den Namen „Schutzschirm“ verdient. Dieser muss Einnahmeausfälle und zusätzlich entstehende Kosten für die Versorgung von Corona-Patienten abdecken. Das ist aber nicht der Fall. Die konkrete Ausgestaltung des „Schirms“ wurde am Wochenende bekannt und führte zu Entsetzen und Fassungslosigkeit bei den Klinikverantwortlichen. Der Gesetzentwurf wurde daraufhin überarbeitet.

Am Montag kam dann eine „Nachbesserung“, die weiterhin lückenhaft bleibt. Denn auch der neue Gesetzentwurf entspricht in keiner Weise den vollmundigen Ankündigungen des Ministers. „Whatever it takes.“, hatte Spahn in einer Telefonkonferenz mit der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) erklärt und großzügige Finanzhilfen zugesagt. Der nun vorliegende Gesetzestext bietet jedoch weder Budgetsicherheit, noch kurzfristige Liquiditätssicherung für die Kliniken.

Darüber hinaus werden die erheblichen Zusatzkosten nicht abgedeckt und bürokratische Belastungen nicht reduziert. Mitarbeiter aus Medizin und Pflege sollen sich weiterhin um kleinteilige Dokumentationsverfahren und Prüfroutinen kümmern. Dadurch gehen jedoch wichtige Ressourcen verloren, die in der Patientenversorgung nötig gebraucht werden.

In den angespannten Zeiten der Corona-Pandemie hätten wir uns ein Vertrauen in der Politik gewünscht, das den hohen Einsatz honoriert. Die derzeitig formulierten Regelungen führen aber in ein kleinteiliges Abrechnungschaos, welches unkalkulierbare Risiken für die Kliniken und die Bevölkerung birgt.

Unsere Krankenhäuser fordern deshalb Minister Spahn und alle politisch Verantwortlichen in Bund, Land und Kommunen auf, das Gesetz dringend zu ändern. Es muss eine schnelle, unbürokratische, solide und beständige Lösung für die Kliniken und insbesondere für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geben, sonst droht allen Krankenhäusern ein finanzielles Fiasko.

Ein positives Signal in dieser angespannten Zeit wäre die Umsetzung der Empfehlungen der DKG. Denn sie setzt auf schnelle, kostendeckende und unbürokratische Unterstützung für die Ausfälle und Aufwendungen durch die Krise. Was wir derzeit erleben, ist leider das Gegenteil. „Whatever it takes.“, sieht anders aus!